

P R O T O K O L L
der 334. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 21. September 2010
Zeit	19.30 - 21.10 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Wegmüller Beat
Mitglieder	Bärtschi Annik, Bärtschi Markus, Cadetg-Hafen Ruth, Corti Andrea, Eber Béla, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Huber Manuel, Humm Martin, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Pulver Gerhard, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schönenberger-König Daniela, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Streit Lee, Treier Hannes, von Fischer Niklaus, Wakil Ramina, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzähler	Eber Béla, von Fischer Niklaus
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Aebersold Jürg, Brügger Yong, Chételat-Dangel Caroline, Fankhauser Suzanne
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 16

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2010	254
2	Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl	254
3	Schulkommission; Ersatzwahl	255
4	Sanierung Feldstrasse (Tannackerstrasse-Kreisel Sonnenfeld); Abrechnung Objektkredit	255
5	Änderung Überbauungsplan Zentrum Bahnhof Gümligen ("Alte Teigi")	255
6	Erneuerung der Subventionsverträge gemäss Kulturförderungsgesetz (KFG) mit vier kulturellen Institutionen in der Stadt Bern (Vertragsperiode 2012 - 2015); Konsultation	258
7	Sitzungstermine 2011	260
8	Skateboard-Anlage A) Jugendmotion; Zwischenbericht B) Einfache Anfrage SP-Fraktion	261
9	Überparteiliche Motion betr. Einrichtung von Räumlichkeiten für einen dritten Tagesschul-Standort im Melchenbühl-Schulhaus	263
10	Postulat Schneider (SP) / Brügger (SP) betr. Beschaffungsrichtlinien mit nachhaltigen Kriterien in unserer Gemeinde	264
11	Postulat SVP-Fraktion betr. KAMATA	265
12	Interpellation forum-Fraktion betr. "Aufbauhilfe für die Verbesserung der kommunalen öffentlichen Infrastruktur" in der Republik Moldau	268
13	Einfache Anfrage Streit (forum) betr. Erteilen einer Baubewilligung in unserer Gemeinde	269
14	Interpellation Gautschi (forum) betr. Zusammenschluss der Primäranlagen der Wasserversorgung der Gemeinde an eine grössere Trägerschaft	269
15	Information des Gemeinderats	270
16	Neue parlamentarische Vorstösse	271

Der Vorsitzende eröffnet die 334. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats, die Parlamentsmitglieder, die Vertretungen der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal. Speziell heisse er Martin Humm, EVP, als neues Ratsmitglied willkommen und wünsche ihm eine gute Zeit im Rat.

Mitteilungen

Der Vorsitzende führt aus, alle Ratmitglieder hätten den Jahresbericht der Gemeindebetriebe Muri zugestellt erhalten und er bedanke sich dafür bestens.

Weiter erklärt der Vorsitzende, die forum-Fraktion habe am 15. September 2010 eine dringliche Motion betreffend Konsequenzen aus dem Bundesgerichtsurteil zum Bauprojekt Kamata eingereicht. In der Zwischenzeit habe die forum-Fraktion mitgeteilt, dass sie auf die Dringlichkeit der Motion verzichte und diese als normale Motion eingereicht werde.

Christian Staub, Gemeinderat, verweist auf den an den Plätzen aufgelegten Flyer. Dabei handle es sich um eine Einladung der Gemeindebetriebe zu einem Workshop, anlässlich welchem die gbm zum Thema Kabelnetz, FTTH (Fibre to the Home) informieren und allfällige Fragen zu Gas, Wasser und Abwasser beantworten möchten. Er bitte diejenigen, welche bereits wüssten, dass sie an diesem Workshop vom 10. November 2010 dabei sein könnten, den unten stehenden Anmeldetalon auszufüllen und bis zum Sitzungsende der Gemeindegemeinschafterin abzugeben. Auch die Parteileitungen seien selbstverständlich eingeladen und wer mehrere Leute aus den Parteien mitbringen möchte, könne dies tun. Auch diese Anmeldungen seien - per Mail - an Karin Pulfer zu richten.

Daniela Pedinelli, Gemeinderätin, verweist auf den andern aufliegenden Flyer. Es handle sich um eine Einladung zum Besuch der Tagesschulen vorgängig der nächsten Parlamentssitzung. Es könnten sowohl die neue Tagesschule Horbern als auch das Provisorium im Melchenbühl besichtigt werden. Alle würden sich ausserordentlich freuen, die Interessierten in den Tagesschulen begrüßen zu dürfen.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 **Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2010**

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 **Geschäftsprüfungskommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 30. September 2010 zurücktretenden Hannes Treier schlage die FDP.Die Liberalen Peter Kneubühler, Alpenstrasse 52, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Peter Kneubühler wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten.

3 **Schulkommission; Ersatzwahl**

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 30. Juni 2010 zurückgetretene Simone Gaberell schlage die Sozialdemokratische Partei Daniel Thaler, Kirchackerstrasse 14, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Daniel Thaler wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Schulkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten.

4 **Sanierung Feldstrasse (Tannackerstrasse-Kreisel Sonnenfeld); Abrechnung Objektkredit**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über die Sanierung der Feldstrasse (Abschnitt Kreisel Sonnenfeld - Tannackerstrasse) wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit in der Höhe von CHF 345'000.00 mit CHF 288'922.30 ab (Kreditunterschreitung von CHF 56'077.70).

5 **Änderung Überbauungsplan Zentrum Bahnhof Gümligen ("Alte Teigi")**

Marc Kästli führt als Präsident der parlamentarischen Spezialkommission aus, da das Geschäft Zentrum Bahnhof Gümligen nicht in die Zuständigkeit der Kommission für die Ortsplanungsrevision falle, beschränke sie sich auf eine politische Würdigung des Geschäfts. Die Kommission sei ebenfalls der Meinung, dass die aktuelle Situation beim Bahnhof Gümligen unhaltbar sei und so rasch als möglich beseitigt werden müsse. Vor allem deshalb, weil es sich um einen erstklassigen Standort an zentraler Lage handle, welcher das Erscheinungsbild der Gemeinde negativ beeinträchtige. Das heute vorliegende Richtprojekt vereine die Anliegen der Gemeinde und des Grundeigentümers und sei vom Gestaltungsausschuss zur Weiterbearbeitung empfohlen worden. Diese Nutzungsumlagerung gegenüber dem vorgängigen, bewilligten Projekt mit einem grossen Anteil an Büro-/Dienstleistungs- und Verkaufsnutzung und einem kleinen Anteil Wohnen hin zu einem grossen Anteil Wohnen und einem geringen Anteil der restlichen Nutzung erscheine ausgewogen, nicht zuletzt aufgrund des geringen Wohnungsleerstandes in der Gemeinde. Die Kommission begrüsse ebenfalls, dass zusätzlicher Wohnraum in der Nähe des öffentlichen Verkehrs entstehe. Sie empfehle deshalb dem Rat, den Änderungen des Überbauungsplans zuzustimmen. Bei dieser Gelegenheit möchte er sich herzlich für die sehr professionell aufbereiteten Unterlagen bedanken.

Isabelle Gossweiler erklärt, die GPK habe sich anlässlich ihrer letzten Sitzung ebenfalls mit der Situation bei der "Alten Teigi" auseinandergesetzt. Die GPK habe vor allem geprüft, ob im 2. Schritt der Ortsplanungsrevision – der Änderung der jetzigen Überbauungsordnung – die übergeordneten Verfahrensnormen eingehalten worden seien. Die GPK sei an der Sitzung vom 15. September 2010 zum Schluss gekommen, dass dem so sei. Das Projekt selber – sofern es nicht in der Kompetenz des GGR liege – sei nicht zur Debatte gestanden, liege es doch im gesetzlichen Ermessen des Eigentümers der Parzelle. Die GPK sei sich einig gewesen, dass eigentlich jede Veränderung an der momentan doch eher tristen Situation einen Gewinn für unsere Gemeinde darstelle. Dies gelte aber insbesondere für das jetzige Projekt. Dieses beinhalte gegenüber dem alten Richtprojekt eine geringere Ausnützung und der neue Schwerpunkt liege bei der Errichtung von 2/3 Wohnflächen und nicht wie bis anhin hauptsächlich bei der Erstellung von Dienstleistungsflächen. Aus diesem Grund empfehle die GPK den Ratsmitgliedern, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und die Änderung des Überbauungsplans zu genehmigen.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, das Zentrum von Gümligen sei entwicklungsbedürftig, aber auch entwicklungsfähig. Wir würden heute mehr oder weniger am Anfang eines grossen Entwicklungsschubes stehen, welcher das Zentrum sowohl funktionell wie auch ästhetisch markant aufwerten solle. Es würden insgesamt vier Vorhaben anstehen, vergleichbar mit den Blättern eines Kleeblattes, eben nicht eines dreiblättrigen, sondern eines vierblättrigen. Die ersten drei Kleeblattblätter seien bereits hell- bis dunkelgrün. Die Sanierung des Bahnhofs Gümligen gehe mit grossen Schritten voran. Es sei damit zu rechnen, dass der Bahnhof in zwei Monaten fertig gestaltet sein und für die Benutzerinnen und Benutzer des ÖV gegenüber heute eine markante Verbesserung mit sich bringen werde. Beim zweiten Kleeblatt handle es sich um den Neubau des CS-Gebäudes. Auch dort sei festzustellen, dass die Arbeiten enorm rasch voranschreiten würden. Geplant sei, dass dort im 1. Quartal 2012 rund 900 Arbeitsplätze geschaffen würden. Beim dritten Kleeblatt habe vor 14 Tagen der Spatenstich stattgefunden, nämlich beim Zentrum Moos. Dort würden Coop und Migros je eine attraktive Einkaufsmöglichkeit schaffen und für die Gemeinde ebenso wichtig sei der Bau von über 50 zusätzlichen Wohnungen. Das vierte Kleeblatt sei eben die geliebte oder gehasste "Alte Teigi", welche ihren früheren Charme definitiv verloren habe. Im Einvernehmen mit dem Parlament sei die Planung vorangetrieben worden und heute könne dem Rat die Anpassung des Überbauungsplans unterbreitet werden mit dem Antrag, diese zuhanden der Volksabstimmung zu verabschieden. Es gehe einerseits um die Funktionalität, da heute die Räumlichkeiten im Wesentlichen leer stehen würden, und andererseits um die Ästhetik, welche eben entwicklungsbedürftig und entwicklungsfähig sei. Das Modell hätte schon bei früherer Gelegenheit besichtigt werden können und stehe auch jetzt hinten im Raum. Dort sehe man das bisherige, rechtskräftig bewilligte Projekt und dieses könne gegen das neue ausgetauscht werden. Dem Modell könne entnommen werden, dass eine namhafte, qualitative, gestalterische und ästhetische Entwicklung stattgefunden habe. Dank dem neuen Richtprojekt werde es gelingen, auch an diesem Ort zusätzliche Wohnungen zu schaffen – im Moment gehe man von gut 30 aus – und der Gemeinderat sei überzeugt, dass das Projekt im Gegensatz zum Vorgängerprojekt marktfähig sein werde und eine Nachfrage nach den Wohnungen und den Büro- und Geschäftsräumlichkeiten bestehe. Das Projekt sei – wie dies obligatorisch sei – öffentlich aufgelegt worden und er könne mit grosser Befriedigung feststellen, dass gegen ein doch recht grosses Projekt an einer sehr zentralen Lage lediglich zwei Einsprachen von direkten Nachbarn eingereicht worden seien. Auch dies sei ein untrügliches Signal dafür, dass der Leidensdruck in der Bevölkerung hoch sei und dort endlich etwas gehen müsse. Selbstverständlich sei es nicht genug, dass etwas passiere, sondern es müsse etwas Sinnvolles passieren; davon sei der Gemeinderat überzeugt. Vor diesem Hintergrund sei er zuversichtlich, dass das Richtprojekt in diesem Überbauungsplan bei den Stimmbürgerinnen und Stimm-

bürgern am 28. November 2010 auf einen fruchtbaren Boden fallen werde, so dass auch das 2. Modul der Ortsplanungsrevision vorläufig zu einem guten Ende gebracht werden könne. Namens des Gemeinderats ersuche er den Rat, der Änderung des Überbauungsplans zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Gautschi erklärt, die forum-Fraktion unterstütze die Vorlage. Vor allem seien bei der Projektänderung verschiedene Anliegen des forums eingebracht worden. Eine Parzelle sei umgezont und nicht neu eingezont worden. Die Wohnfläche werde massiv erhöht, im Gegenzug werde die Dienstleistungs- und Verkaufsfläche entsprechend verringert. Es werde Wohnraum mit kleinen Einheiten in der Nähe des Bahnhofs realisiert. Dabei handle es sich um wichtigen Wohnraum für ältere und alleinstehende Menschen. Mit diesen Wohnungen könne dem heute bestehenden hohen spezifischen Wohnbedarf – ein raumplanerisches Problem in der Agglomeration – etwas entgegengewirkt werden. Eine in einem Einfamilienhaus lebende Einzelperson habe eine Alternative, um in der Gemeinde zu bleiben und geeigneten Wohnraum finden zu können. Daneben biete die Abstimmungsvorlage keinen Grund für unklare und zu Diskussionen führende Teile, wie beispielsweise die Gestaltung des Bahnhofplatzes. Das forum sei überzeugt, dass die Bevölkerung dem Vorhaben zustimmen werde.

Matthias Manz führt aus, die SP-Fraktion könne das Geschäft unterstützen und sei der Meinung, das Projekt hätte in der neuen Auflage wirklich gewonnen. Einige in der Mitwirkung gestellte Fragen seien jedoch nicht wirklich beantwortet worden, auch was die Einbettung des Projekts in weitere Planungen rund um den Bahnhof anbelange. Es würde nun eine Umlagerung von einer Dienstleistungs- in eine Wohnnutzung vorgenommen und es stelle sich die Frage, was dies für die weitere Entwicklung der Nutzungen in dieser ZPP bedeute. Ob es dort weitere Umnutzungen Richtung Wohnraum geben werde? Ebenfalls habe die SP angeregt, auch die Bahnhofunterführung in die Umgebungsgestaltung mit einzubeziehen. Es sei absehbar, dass es dort zu Engpässen kommen werde und er hätte gerne eine Auskunft darüber, ob die Unterführung einbezogen werde oder ob man nur gerade den Vorplatz des Gebäudes beim Bahnhof im Visier habe.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Marc Kästli noch von Jsabelle Gossweiler verlangt.

Hans-Rudolf Saxer bedankt sich für die positive Aufnahme des Geschäfts durch den Rat. Er wolle kurz zu den Ausführungen von Matthias Manz Stellung nehmen: Einerseits werde es weitere Wohnungen im engeren Perimeter des Bahnhofs Gümligen geben. Eine Möglichkeit wäre unter Umständen am heutigen Standort der International School of Berne vorhanden. Dort habe eine Umzonung in eine Wohn- und Gewerbezone stattgefunden und im Zeitpunkt des Umzugs der ISB in den Perimeter Siloah wäre, je nach Projekt, eine Wohnnutzung denkbar. Ansonsten seien namentlich im Bereich auf der südwestlichen Seite des Bahnhofs, also zwischen Worbstrasse und den SBB-Geleisen, keinerlei Planungen zur Errichtung von zusätzlichem Wohnraum vorgesehen. Dieser Bereich müsste zur Schaffung von Arbeitsplätzen verwendet werden, auch mit Blick auf die optimale ÖV-Anbindung. Was eine Verbreiterung der SBB-Unterführung anbelange, so sei eine solche selbstverständlich in Betracht gezogen und diskutiert worden. Eine Verbreiterung der Unterführung käme extrem teuer zu stehen, da diese unter Betrieb gemacht werden müsste. Die Umgestaltung des SBB-Bahnhofs werde sehr spürbar sein. Obwohl der Bahnhof nicht "auf den Kopf gestellt" werde, koste diese Umgestaltung allein schon CHF 6 Mio. Es sei bekannt, dass Verbreiterungen von SBB-Unterführungen enorm teuer zu stehen

kämen und sich die SBB daran mit keinem Rappen beteiligen würde. Die SBB würde sich auf den Standpunkt stellen, für ihre Zwecke – Zugang von und zu den Perrons – sei die Unterführung ausreichend und wenn die Gemeinde Muri die Verbindung von nördlich zu südlich der Geleise komfortabler gestalten wolle, so sei dies ihre Sache. Da eine solche Verbreiterung also extrem teuer wäre, sei sie nicht vorgesehen.

Beschluss zuhanden der Volksabstimmung (36 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Die Änderung des Überbauungsplans Zentrum Bahnhof Gümligen ("alte Teigi") wird erlassen.

6 Erneuerung der Subventionsverträge gemäss Kulturförderungsgesetz (KFG) mit vier kulturellen Institutionen in der Stadt Bern (Vertragsperiode 2012 - 2015); Konsultation

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Patricia Gubler führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, den sehr ausführlichen Unterlagen zur Erneuerung der Subventionsverträge könne entnommen werden, dass der Gemeinderat den vorliegenden Vertragsentwürfen gegenüber positiv eingestellt sei. Die vorgeschlagenen Entscheidungen und Weichenstellungen, wie z.B. der Zusammenschluss des Stadttheaters mit dem Berner Symphonieorchester oder das neue Controlling durch externe Fachleute, würden es den Kulturinstitutionen ermöglichen, ihre knapp bemessenen Mittel optimal einzusetzen. Sehr begrüssenswert für unsere Gemeinde sei, dass endlich ein grober Systemfehler bei der Berechnung der Beiträge der Gemeinden korrigiert werde. Neu werde der Gemeindebeitrag nur noch aufgrund der Bevölkerungszahl einer Gemeinde berechnet. Der harmonisierte Steuerertrag, welcher vor 4 Jahren noch rechnungsrelevant gewesen sei, werde nicht mehr berücksichtigt. Dies habe auch den Grundsätzen des FILAG widersprochen, da die Steuerkraft einer Gemeinde somit zweimal zum Tragen gekommen sei. Damit reduziere sich der jährlich zu leistende Betrag für die Gemeinde Muri um ca. CHF 153'000.00 auf neu CHF 354'360.00. Sie erlaube sich noch einige Erläuterungen zur Frage, ob sich die Gemeinde an den Renovationskosten des Stadttheaters beteiligen solle. Den Unterlagen könne entnommen werden, dass sich der Kostenaufwand für dieses Gebäude auf ca. CHF 35 bis 45 Mio. belaufen werde. Kanton und Stadt würden sich wohl an der Sanierung beteiligen, würden aber erwarten, dass auch die Gemeinden dies tun. Die Sanierung des Gebäudes sei aber nicht Gegenstand der Subventionsverträge. Der Gemeinderat habe beschlossen, dass er diese Frage im heutigen Zeitpunkt nicht beantworten könne und wolle. Er wolle abwarten, wie der Grosse Rat im November 2010 im Rahmen der Revision des FILAG beschliessen werde und ob es dann wirklich zu einer Entlastung für unsere Gemeinde komme. Zudem werde das Ergebnis der hier aufliegenden Konsultation betreffend die Subventionsverträge abgewartet. Die Gemeinde werde auch noch mit der Stadt Bern das Gespräch darüber suchen, wie eine allfällige Kostenbeteiligung an der Sanierung des Stadttheatergebäudes aussehen sollte. Wie gesagt, habe die Sanierung nichts mit den Subventionsverträgen zu tun und daher müsse man auch etwas vorsichtig sein. An den Subventionsbeiträgen müssten sich die Gemeinden mit 11 % beteiligen, hingegen würde es sich bei den Beiträgen an die Infrastruktursanierungen um freiwillige Leistungen handeln. Aus diesen Gründen bitte sie den Rat, den gemeinderätlichen Anträgen zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Beat Schneider erklärt namens der SP-Fraktion, Kultur und Kulturförderung habe stets auch mit Lebensqualität und Verbesserung der Lebensqualität zu tun. In diesem

Sinn sei das Vorhaben erfreulich und unterstützenswert. Mit der Erneuerung der Subventionsverträge gemäss Kulturförderungsgesetz werde das Kulturschaffen in und um Bern unterstützt und weiterhin möglich sein. Aus wirtschaftlicher Betrachtungsweise scheine es für die Gemeinde Muri umso erfreulicher, als mit diesem neuen Gesetz gegenüber vorher ein Drittel eingespart werde. Wenn man sich dies aber durch den Kopf gehen lasse und in Gedanken durch die Feder eines pffiffigen Journalisten, so werde dann vielleicht morgen in der Zeitung zu lesen sein: "Die Gemeinde Muri kürzt ihr Kulturbudget um CHF 150'000.00". Dies wiederum passe nicht ganz zum Image unserer Gemeinde und es stelle sich die Frage, was gegen diesen Imageverlust unternommen werden könnte. Die jährlich eingesparten CHF 150'000.00 könnten z.B. in einem Kulturfonds geüffnet und damit individuell die Kulturszene unterstützt werden. Wie könnte dies aussehen? Kürzlich habe auf dem Bundesplatz ein einmaliges Konzert des Berner Symphonieorchesters zusammen mit Patent Ochsner stattgefunden. Eine Versicherung habe zusammen mit einigen Firmen den Anlass gesponsert und so mehr als 10'000 Zuschauenden ein einmaliges und unvergessliches Event ermöglicht. Ein anderes Beispiel sei die Burgergemeinde, welche jährlich einen Kulturpreis in der Höhe von CHF 100'000.00 vergebe. Dieser Preis sei beispielsweise im Jahr 2007 an den Berner Fasnachtsverein gegangen. Der Verein nutze das Geld für Investitionen, die dann wiederum den aktiven "Fasnächtlern" und den mehreren 10'000 interessierten Zuschauern zugute komme. Zusammenfassend könne gesagt werden, mit den gleich hohen Kulturausgaben wie bis anhin könnte die Gemeinde zusätzlich einen Fonds ins Leben rufen und Kulturschaffende in der Umgebung unterstützen. Damit hätte man die Taube auf dem Dach und den Spatz in der Hand. In diesem Sinne stimme die SP dem Geschäft zu, werde aber bei Gelegenheit im Rahmen der Budgetdebatte das Thema wieder aufnehmen.

Markus Bärtschi führt aus, die SVP-Fraktion begrüsse und verdanke es, dass dem Parlament durch den Gemeinderat Gelegenheit eingeräumt werde, sich in die Stellungnahme der Gemeinde in dieser Konsultation einzubringen. Das Resultat der Verhandlungen sei zufriedenstellend. Es sei endlich gelungen, den Grundsatz umzusetzen, dass die Frage des Finanzausgleichs abschliessend über das FILAG geregelt und nicht zusätzlich noch in jedem andern Gefäss auch wieder mitberücksichtigt werde. Die Übersteuerung im System sei ineffizient und wenig transparent gewesen. Im Ergebnis habe es dazu geführt, dass die Gemeinde unter allen Strichen etwas weniger extrem geschröpft worden sei, aber gespart habe sie dadurch rein gar nichts. Die SVP unterstütze die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Antworten. Hinsichtlich der Zusatzfrage zur Bereitschaft, an die Sanierung des Stadttheaters zusätzliche Beiträge zu leisten, sei es zutreffend, dass dazu noch nicht abschliessend Stellung genommen werden könne. Die SVP möchte aber bereits jetzt klar zum Ausdruck bringen, dass sie mit diesem Punkt Mühe bekunde. Einerseits gehöre der Unterhalt eines Gebäudes zu den Aufgaben des Eigentümers, welcher seinerseits dafür zu sorgen habe, dass er einen genügenden, kostendeckenden Mietzins erhalte. Der laufende Unterhalt im Fall des Stadttheaters sei offenbar über sehr lange Zeit und systematisch nicht korrekt verbucht bzw. ausgewiesen worden. Dafür hätten zu Lasten der Budgets Rückstellungen gebildet werden müssen. Stattdessen sei alles zur Verfügung stehende Geld im Betrieb verbraucht worden. Wenn die Gemeinde dort nachträglich zusätzliche Beiträge leiste, bedeute dies nichts anderes, als dass die für die Vergangenheit verbindlich vereinbarten Beiträge erhöht würden. Dies sei der eine Punkt. Der andere Punkt sei der, dass bei einem allfälligen Beitrag sichergestellt sein müsste, dass die Gemeinde einen Betrag mit einem Kostendach leiste und nicht irgendeine Beteiligung an den Kosten in noch unbekannter, aber ganz sicher höherer als jetzt kursierender Höhe spreche. Dies würde ganz besonders dann gelten, wenn die Sanierung unverständlicherweise durch die Stadtbauten Bern betreut werden sollte.

Niklaus von Fischer erklärt, die forum-Fraktion könne die Beurteilung durch den Gemeinderat grundsätzlich nachvollziehen. Sie stelle aber den Antrag, den Antrag des Gemeinderats wie folgt zu ergänzen: "Der Grosse Gemeinderat vertritt die Haltung des Gemeinderats gemäss Abschnitt 5. Die tatsächlich eingesparten Beiträge sind weiterhin für die Kulturförderung einzusetzen."

Ruth Raaflaub erklärt, auch wenn sie Patent Ochsner zusammen mit dem Sinfonieorchester gerne noch einmal auf dem Bundesplatz hören würde, habe die Fraktion nicht über den von Beat Schneider angesprochenen Fonds diskutiert, weshalb sie sich diesbezüglich nicht äussern könne. Die FDP/jf-Fraktion sei einstimmig der Auffassung, dass die Subventionsverträge mit den Museen und dem Musik-Theater-Bern unterschrieben werden sollten. Ebenso unterstütze sie die Übernahme der Transformationskosten für das Musik-Theater-Bern mit der halber Jahressubvention und die Übernahme von Entlastungskosten betreffend die Mühle Hunziken zu Gunsten der Gemeinde Rubigen. Es sei unbestritten, dass es sich hier um kulturelle Einrichtungen handle, von welchen die Bürgerinnen und Bürger aus Muri in grossem Mass profitieren könnten und sich deshalb nach wie vor auch an den Kosten beteiligen würden. Bei der Frage nach der Kostenbeteiligung an der Gebäudesanierung des Stadttheaters Bern sei die Fraktion der Meinung, dass es nicht unbedingt Aufgabe der Gemeinden sei, Gebäude der Stadt Bern sanieren zu helfen. Sie stelle sich hinter die neutrale Meinung des Gemeinderats, erst definitiv zu entscheiden, wenn der Grosse Rat die Beschlüsse im Rahmen der Revision des FILAG im November 2010 gefasst habe.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Patricia Gubler gibt das Schlusswort weiter an Hans-Rudolf Saxer, welcher erklärt, er fühle sich als Ressortchef Finanzen angesprochen durch den Antrag der forum-Fraktion. Er möchte beliebt machen, diese Frage nicht heute Abend zu diskutieren und zu entscheiden, sondern anlässlich der Oktober-Sitzung, in welcher dem Parlament der Voranschlag und der Finanzplan unterbreitet würden. Dannzumal könne das Parlament – wie vorher bereits angetönt – über allfällige derartige Umpolungen von Kulturgeldern von städtisch/regionaler Ebene zu kommunaler Ebene diskutieren. Sein Vorschlag laute deshalb dahingehend, dies in einem Monat im Rahmen des Voranschlags zu diskutieren.

Lee Streit erklärt, die forum-Fraktion wolle dem Vorschlag von Hans-Rudolf Saxer folgen und das Thema im Rahmen der Budget-Sitzung diskutieren. Sie ziehe deshalb ihren Antrag zurück.

Beschluss (einstimmig)

Der Grosse Gemeinderat schliesst sich der Haltung des Gemeinderats gemäss Abschnitt 5 an.

7 **Sitzungstermine 2011**

Es erfolgen keine Wortmeldungen aus dem Rat.

Beschluss (einstimmig)

Die Sitzungen werden wie folgt festgelegt:

Dienstag, 19.30 Uhr

- 21. September 2010 -

18. Januar	21. Juni
15. Februar	23. August
22. März	20. September
26. April	25. Oktober
24. Mai	22. November

8

Skateboard-Anlage

A) Jugendmotion; Zwischenbericht

B) Einfache Anfrage SP-Fraktion

Der Vorsitzende orientiert, der Zwischenbericht des Gemeinderats und die Antwort auf die Einfache Anfrage der SP-Fraktion würden schriftlich vorliegen.

Patricia Gubler führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, sie habe zur Stellungnahme des Gemeinderats nichts mehr zu ergänzen, wolle nur noch informieren, dass die Fachstelle für Kinder- und Jugendfragen in der Person von Jacinto Fitze mit den beiden Jugendmotionären Kontakt aufgenommen habe. Einer davon habe sich zurückgezogen, er sei im Gymer und habe kein grosses Interesse mehr an der Skateboard-Anlage. Der andere Jugendliche sei zusammen mit Jacinto Fitze daran, ein Modell auszuarbeiten und festzulegen, wie sich die Jugendlichen beteiligen und mithelfen könnten. Er habe auch erwähnt, dass einige Jugendliche zusammen via Facebook eine Gruppe "Skater aus Muri" gegründet hätten. Sie habe herausgespürt, dass die Jugendlichen sehr motiviert und erfreut über das vorliegende Vorgehen seien. Der Gemeinderat werde die Jugendlichen nach den Herbstferien empfangen und sich ihre Ideen anhören.

Beat Marti (forum) erklärt, die Verzögerung in der Umsetzung der Jugendmotion sei aus Sicht der forum-Fraktion sehr unschön. Es müsste unbedingt darauf hingearbeitet werden, dass überwiesene Jugendmotionen rasch und unkompliziert umgesetzt würden. Wenn die Motionäre die Schule bereits verlassen hätten, eventuell sogar mehrere Jahren verstrichen seien, bis ihr Anliegen umgesetzt werde, sei dies nicht förderlich, um die Jugend in das politische Wirken einzuführen und einzubetten. Damit die Jugendlichen weiterhin als politisch aktive Gemeindegängerinnen und Gemeindegänger erlebt werden könnten, sei bei Jugendmotionen eine raschere Gangart zu empfehlen. Aus Sicht der forum-Fraktion sei eine Verknüpfung mit dem Projekt Füllerich für die Erfüllung der Motion nicht zwingend. Sie erwarte, dass dieses Geschäft nun zügig an die Hand genommen werde, damit die Motionäre noch in den Genuss der Anlage kommen könnten, bevor sie wegen Ausbildung oder anderen Gründen bereits aus der Gemeinde weggezogen seien.

Francesca Ruta (SP) führt aus, bei diesem Geschäft handle es sich um ein Trauerspiel. Da würden sich einige Jugendliche für etwas äusserst Sinnvolles engagieren, sich vorbildlich mit der politischen Würdigung auseinandersetzen und dann einfach hängen gelassen. Der Gemeinderat habe sich irgendwie "lieb" verhalten wollen. Zum einen sei man ja so froh, dass die Jugendlichen endlich einmal etwas anderes machen würden, als herumzuhängen, zum andern wolle man nicht als jugendfeindlich dastehen. Deswegen sei die Stellungnahme gefüllt mit scharfsinnigen Wörtern wie "demnächst" und "zu gegebener Zeit"; dies mache den Motionären aber nur falsche Hoffnungen. Die Angelegenheit sei deshalb so traurig, weil sie zukünftigen Jugendmotionären alle Motivation nehme. Oder wie sich der Gemeinderat politische Erziehung vorstelle, wenn es so tragische Vorbilder von politischem Engagement gebe? Wie von der SP-Fraktion bereits etliche Male unterstrichen worden sei, bringe es den Motionären nicht viel, wenn man sie dann, wenn sie bereits an der Uni seien, darum bitten würde, beim Aufbau einer Skateboard-Anlage mitzuhelfen. Die Fraktion würde es auch sehr wundernehmen, wo und wie der Gemeinderat gedenke, moti-

vierte Jugendliche für die Mithilfe beim Aufbau zu finden. Aus diesen Gründen werde heute Abend eine Motion für die sofortige Instandstellung der Skateboard-Anlage Füllerich eingereicht.

Ruth Raaflaub(FDP/jf) erklärt, die Fraktion begrüsse die Haltung des Gemeinderats, den Bau der neuen Skateboard-Anlage im Rahmen der Sanierung der Sportanlage Füllerich als eines der ersten Projekte umzusetzen. Es sei klar, dass aus Sicht der Jugendlichen die Anlage schon längst hätte gebaut werden sollen. In Anbetracht der ganzen Sachlage und unter Berücksichtigung der Vorgeschichte, warum die alte Anlage habe geschlossen werden müssen, sei die vermeintliche Verzögerung nachvollziehbar und verständlich. An die Adresse von Francesca Ruta wolle sie noch sagen, dass niemand von der SP zugegen gewesen sei, als man mit den Jugendlichen gesprochen habe, weil es auf der Skateboard-Anlage eine "Morerei" gegeben habe, als man habe verhindern wollen, dass die Anlage geschlossen werde, als man mit den Jugendlichen habe vereinbaren wollen, dass sie selber für Ordnung besorgt sein sollten. Nun würden die Jugendlichen auch feststellen können, wie es in der Politik laufe, dass man eben nicht einfach mit den Fingern schnippen könne und dann werde sofort etwas umgesetzt. Die Anschuldigung, dass die Jugendlichen wegen derartigen Vorkommnissen von der Politik weggeführt würden, sei nicht richtig. Die FDP/jf-Fraktion begrüsse die Tatsache, dass die Jugendlichen bei der Auswahl der Elemente und bei der Installation der Anlage beigezogen würden. Sie erwarte aber, dass die Jugendlichen auch während des Betriebs bezüglich Ordnung künftig Verantwortung übernehmen müssten und dass ein entsprechendes Reglement ausgearbeitet werde.

Beat Marti (forum) führt aus, er wolle die Aussage von Ruth Raaflaub, wonach niemand von der SP bei der Überprüfung und den Gesprächen mit den Jugendlichen dabei gewesen sei, kurz präzisieren. Sie habe gesagt "hei *mir* gemacht" und für alle, welche nicht beteiligt gewesen seien, töne dies, als handle es sich um die FDP. Er wolle festhalten, dass die Mitglieder der Sportkommission das Geschäft in die Hände genommen und mit den Jugendlichen Gespräche geführt hätten.

Patricia Gubler möchte noch einmal betonen, dass man mit den Jugendlichen in Kontakt stehe und es keineswegs so sei, dass diese momentan frustriert seien und das Gefühl hätten, man nehme sie nicht ernst und es laufe nichts in der Politik. Man habe ihnen vor einem Jahr gesagt, dass die Skateboard-Anlage – falls sie überhaupt einmal ersetzt werde – erst mit der Sanierung des Sportzentrums Füllerich realisiert werde. Es sei nie etwas anderes versprochen worden, sie arbeite viel mit den Jugendlichen zusammen und hätte nie herausgespürt, dass sie irgendwie enttäuscht oder frustriert wären.

Roland Meyer erklärt, er möchte ergänzend mitteilen, dass die Skateboard-Anlage bei der Sanierung des Sportzentrums Füllerich 1. Priorität habe. Dies sei auch so geplant und wie Patricia Gubler ausgeführt habe, sei von Anfang ganz klar kommuniziert worden, dass die Anlage im Rahmen der Füllerich-Sanierung realisiert werde. Sie müsse aber ins gesamte Sanierungsprojekt hineinpassen und könne nicht herausgelöst werden. Der Gemeinderat habe den Auftrag erteilt, das Projekt zu priorisieren. Dies sei gemacht worden und die Realisierung der Skateboard-Anlage geniesse 1. Priorität.

Johanna Ziberi (SP) führt aus, soweit sie sich erinnern könne, sei das Ziel des Geschäfts gewesen, die Umsetzung dann vorzunehmen, wenn die Motionärinnen und Motionäre davon profitieren könnten. Die Optik mit der Sanierung der Sportanlage Füllerich sei nicht zwingend gewesen. Wenn das Zusammenfassen der Füllerich-Sanierung und die Instandstellung der Skateboard-Anlage nicht zum Ziel führe, dass die Motionäre das von ihnen Gewünschte dann erhalten, wenn sie es brauchen

- 21. September 2010 -

würden, so finde sie es strategisch nicht richtig, dass man die beiden Vorhaben mische. Sie sehe nicht ein, weshalb die Skateboard-Anlage zwingend mit der Füllerich-Sanierung zusammen realisiert werden müsse.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Auf Frage des Vorsitzenden, ob Suzanne Fankhauser mit der Beantwortung der Einfachen Anfrage zufrieden sei, erklärt Johanna Ziberi (SP), sie sei insofern zufrieden, als die Antwort den Stand der Dinge so widerspiegle, wie er sei. Man habe mit andern Worten eine klare Übersicht gewonnen und werde die nächsten Schritte abwarten.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Jugendmotion betr. Skateboard-Anlage wird Kenntnis genommen.

9 Überparteiliche Motion betr. Einrichtung von Räumlichkeiten für einen dritten Tagesschul-Standort im Melchenbühl-Schulhaus

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Daniela Pedinelli führt als gemeinderätliche Sprecherin aus, die Länge der Anrede lohne sich kaum, angesichts der Kürze ihrer Zusatzinformation zur vorliegenden Botschaft. Der Gemeinderat habe drei externe Beraterfirmen betreffend Schulraumplanung angeschrieben, habe das Auswahlverfahren durchgeführt und nun eine Wahl getroffen. Es handle sich um die Firma Reflecta, welche über viel Erfahrung mit Schulraumplanungen verfüge. Nach den Herbstferien werde mit den Arbeiten gestartet. Dies sei die einzige Zusatzinformation, sie verweise ansonsten vollumfänglich auf die vorliegende Botschaft.

Marina Graham (forum) erklärt, die Motionäre seien mit der Überweisung des Vorstosses als Postulat einverstanden. Die Ereignisse hätten die Forderung der Motion überrollt und ein Tagesschulstandort Melchenbühl habe bereits Hals über Kopf auf diesen Sommer bereitgestellt werden müssen. Unglaubliches sei innert kürzester Zeit auf die Beine gestellt worden, um der bestehenden Nachfrage nach Betreuungsplätzen entsprechen zu können. Dies habe von den betroffenen Leitungspersonen, Lehrpersonen, Abwarten und der Verwaltung eine Parforceleistung erfordert, welche in Zukunft durch eine frühzeitige Planung verhindert werden sollte. Der Dank gehe daher hier an all jene Personen, welche diese Feuerwehrrübung in so kurzer Zeit durchgezogen hätten. Es sei völlig klar, dass die jetzige Lösung ein Provisorium sei, welches von der Tagesschule und den Lehrpersonen im Melchenbühlschulhaus viel Toleranz und Goodwill verlange. Man warte gespannt auf den Bericht über die Schulraumplanung, von dem auch eine weitsichtige Betrachtung weiterer Tagesschulstandorte erwartet werde. Last but not least: Die am 19. Oktober 2010 geplante Besichtigung der Tagesschulen durch den Grossen Gemeinderat werde in den kommenden Diskussionen helfen klarzustellen, dass alle wissen würden, wovon gesprochen werde.

Rolf Friedli führt aus, die SVP-Fraktion zeige sich hocheifrig darüber, dass die Schulraumplanung nun endlich in Fahrt komme und konkrete Schritte für die Planung des ganzen Schulraums – die Betonung liege ausdrücklich bei *ganz* – eingeleitet würden. Es sei ausserordentlich wichtig, dass nun nicht vorschnell Standortentscheide für eine Tagesschule gefällt würden, sondern man müsse den Planern auch die Möglichkeit einräumen, dass sie fundiert planen, gefällte Entscheide überdenken

- 21. September 2010 -

und entsprechende Vorschläge unterbreiten könnten. In diesem Sinn sei die SVP-Fraktion froh, dass die überparteiliche Motion als Postulat überwiesen werden solle und stimme dem zu.

Christa Grubwinkler erklärt, die FDP/jf-Fraktion unterstütze den Antrag des Gemeinderats vollumfänglich. Es erscheine ihr sinnvoll, die Tagesschule Melchenbühl mittelfristig als Provisorium weiterzuführen – was sich bis anhin sehr bewährt habe – und erst dann über den Standort zu entscheiden, wenn der Schulraumplanungsauftrag durch eine externe Firma ausgeführt und das Schuljahr 2010/2011 abgeschlossen sei. Zudem sei auch entscheidend, wie viele Tagesschüler sich anmelden würden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Daniela Pedinelli noch von Marina Graham verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Das überparteiliche Postulat betr. Einrichtung von Räumlichkeiten für einen dritten Tagesschul-Standort im Melchenbühl-Schulhaus wird überwiesen.

10 **Postulat Schneider (SP) / Brügger (SP) betr. Beschaffungsrichtlinien mit nachhaltigen Kriterien in unserer Gemeinde**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Roland Meyer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Schneider (SP) führt aus, er habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat im Grossen und Ganzen den Anliegen des Postulats nachkomme. Grundsätzlich finde er auch das Formular für die Selbstdeklaration zielführend. Er könne dem Gedankengang, wonach man GATT- und WTO-Vorschriften verletzen würde, nicht ganz folgen. Er wisse nicht, ob der Gemeinderat Artikel 7 ÖGB richtig verstanden habe ("... freier Zugang zum Markt für alle Anbieter ..."). Zwar für alle Anbieter, sofern sie die Bedingungen erfüllen würden (Art. 24). Hierzulande sei wohl niemand explizit gegen die IAO-Norm. Er könne sich schlecht vorstellen, dass jemand für Kinderarbeit oder für Zwangsarbeit sei. Trotzdem habe die UBS im Rahmen der Euro 08 Fussbälle beschafft, welche durch Kinderarbeit hergestellt worden seien. Wer wisse schon, ob der Laptop IAO-Norm-konform hergestellt worden sei? Grundsätzlich begrüsse er es, wenn man Themen in einem grösseren Kontext angehe. Es dürfe aber keine Pre-Condition sein, selber etwas zu tun. Think global und act local, müsste die Devise heissen. Das Einbeziehen von Kanton und Bund könne sinnvoll sein. Er denke aber, dass es nicht genüge, das Postulat nun einfach abzuschreiben und stelle daher den Antrag auf Nichtabschreibung. Er könnte sich vorstellen, dass man im Formular Selbstdeklaration einen weiteren Punkt IAO-Norm aufnehme. Ohne bürokratischen Aufwand könnte das Formular verbessert werden und man würde so ein politisches Zeichen setzen und einen Beitrag für die Menschenwürde leisten.

Das Schlusswort wird von Roland Meyer nicht verlangt.

Beat Schneider (SP) stellt den Antrag, das Postulat nicht abzuschreiben.

Abstimmung über die Überweisung des PostulatsBeschluss (mehrheitlich)

Das Postulat Schneider (SP) / Brügger (SP) betr. Beschaffungsrichtlinien mit nachhaltigen Kriterien in unserer Gemeinde wird überwiesen.

Abstimmung über die Abschreibung des PostulatsBeschluss (23 Ja / 11 Nein / 2 Enthaltungen)

Das Postulat Schneider (SP) / Brügger (SP) betr. Beschaffungsrichtlinien mit nachhaltigen Kriterien in unserer Gemeinde wird abgeschrieben.

11 Postulat SVP-Fraktion betr. KAMATA

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, das Postulat der SVP-Fraktion habe den Gemeinderat eingeladen zu prüfen, welche Änderungen der Bauvorschriften nötig wären, damit die beiden Betriebe JYSK und Qualipet weiterhin am bisherigen Standort bleiben könnten. Der Prüfungsauftrag sei erfüllt, in der Botschaft werde eine nicht abschliessende, aber eine mögliche Formulierung von Art. 51 Gemeindebaureglement unterbreitet. Der Gemeinderat habe in der Botschaft zudem die Vorgeschichte dieses schwierigen Geschäfts in den wichtigsten Punkten aufgearbeitet. Er habe im Weiteren als Teil einer Entscheidungsgrundlage für den GGR eine nicht abschliessende Gegenüberstellung von Pro und Kontra bezüglich einer allfälligen Änderung von Art. 51 Baureglement vorgenommen. Es sei zweifellos so, dass beide Lösungen Schwachstellen aufweisen würden, die ideale Lösung gebe es in diesem Geschäft kaum. Er wolle in aller Form festhalten, dass der Gemeinderat versucht habe, Entscheidungsgrundlagen für das Parlament aufzuarbeiten. Der Rat sei auch bedient worden mit den Stellungnahmen der SP und der Swisscanto. Die Entscheidungsfindung und Beschlussfassung über das "wie weiter" an diesem Standort liege ganz klar in der Kompetenz des Parlaments. Der Gemeinderat bzw. die Baukommission hätten den Auftrag, das Urteil des Bundesgerichts zu vollziehen. In diesem Zusammenhang wolle er das Wort an den Ressortvorsteher Bau weitergeben.

Roland Meyer erklärt, die Vorgeschichte und das Urteil des Bundesgerichts seien bekannt. Die Baukommission habe nun folgenden Beschluss gefasst: Das Wiederherstellungsverfahren werde eingeleitet und beinhalte folgende Schritte: Den Parteien (Liegenschaftseigentümer Swisscanto, Ersteller der Baute Kamata) sowie den betroffenen Mietern werde das rechtliche Gehör gewährt. Diese seien schriftlich informiert worden, dass die Baupolizeibehörde das Wiederherstellungsverfahren einleite. Sie hätten 30 Tage Zeit zur Stellungnahme. Nach Ablauf der Frist werde die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustands verfügt. Wie jede Verfügung könne auch diese Wiederherstellungsverfügung bei der nächst höheren Instanz – im vorliegenden Fall sei dies die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern – mittels Beschwerde angefochten werden. Im Falle einer Abweisung der Beschwerde sei ein Weiterzug an das Verwaltungsgericht möglich und schlussendlich, sofern das Verwaltungsgericht eine allfällige Beschwerde abweisen würde, sei die letzte Instanz wiederum das Bundesgericht. Das Verfahren sei eingeleitet, das obgenannte Schreiben hätten die betroffenen Parteien erhalten und somit sei ihnen das rechtliche Gehör gewährt worden.

Urs Grütter (SVP) bedankt sich beim Gemeinderat für das Bearbeiten des Postulats, bevor es überhaupt überwiesen worden sei. Daher habe die SVP auch gar nichts gegen die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung. Das Postulat sei erfüllt, die entsprechenden Grundlagen würden vorliegen und nun würden diese in die weiteren politischen Prozesse einfließen. Er bedanke sich für die gute Arbeit.

Matthias Manz (SP) erklärt, er könne sich in diesem Punkt seinem Vorredner anschliessen, das Vorgehen des Gemeinderats sei tatsächlich "speziell". In der Regel werde nach Einreichung eines Vorstosses das Parlament zuerst gefragt, ob Handlungsbedarf bestehe und ob der Vorstoss überwiesen werden soll. Der Gemeinderat habe nun direkt den Auftrag erfüllt, aber eigentlich sei es nicht im Sinne dieses Verfahrens. Er sehe keinen Handlungsbedarf für die vorliegenden Abklärungen und hätte daher die Anfrage begrüsst, ob das Postulat überwiesen werden solle oder nicht. Er möchte den Gemeindepräsidenten bitten, zum Ablauf Stellung zu nehmen, da sich ja der Rat hier gar nicht mehr für oder gegen eine Überweisung aussprechen könne. Er wolle nun noch einige Punkte ergänzen, vor allem, da der Gemeinderat seiner Antwort das umfangreiche Schreiben von Swisscanto beigelegt habe. Er hätte dazu zuhänden des Protokolls einige Korrekturen anzubringen, nicht dass der Eindruck entstehe, die Ausführungen der Swisscanto würden unwidersprochen akzeptiert. Unter Ziff. 4 des Schreibens werde der Eindruck erweckt, die Einsprache der SP im Sommer 2007 sei völlig überraschend und quasi mitten in der Umsetzung des Projekts eingereicht worden. Wenn man die Akten kenne wisse man, dass die reine Verkaufsnutzung, welche die Eigentümer gewollt hätten, intern bestritten gewesen sei. Die Unternehmen hätten gewusst, dass sie ein umstrittenes Projekt verfolgen würden, wenn sie in der ZPP Tannental II eine ausschliessliche Verkaufsnutzung installieren würden. Dies müsse man einfach wissen, weil sonst der Eindruck entstehe, hier sei ein "Nörgler" namens SP dazwischen getreten. Die Unternehmen seien Risiken eingegangen, als sie einfach weitergebaut und die Unternehmungen das Gebäude hätten beziehen lassen. Die SP habe damals einen Baustopp verlangt, um ein Präjudiz auszuschliessen, aber trotzdem sei weitergebaut worden. Wenn die Unternehmen die Argumente der SP in den Wind schlagen würden und das Gefühl hätten, diese sei ja nur eine kleine Ortspartei, so sei es nicht korrekt, wenn man später anderen die Schuld für das Fiasko in die Schuhe schieben wolle. Es sei auch nicht korrekt, wenn ausgeführt werde, man sei vom Bundesgerichtsurteil überrascht worden. Wenn zwei Vorinstanzen klar gesagt hätten, diese Nutzung sei nicht rechtmässig, so wäre es im Gegenteil überraschend gewesen, wenn die dritte Instanz dies umgekehrt hätte. Schliesslich müsse auf den Einwand, die SP habe nachträglich Beschwerde erhoben, betont werden, dass Kamata im Auftrag von Swisscanto mitgeholfen habe, dass die ausschliessliche Verkaufsnutzung nicht öffentlich geworden sei mit dem Hinweis, man möchte eine Einsprache umgehen. Die SP habe Einsprache gemacht, nachdem sie von der Nutzung erfahren habe und dann könne nicht gesagt werden, dies sei nachträglich getan worden. Eine derartige Darstellung sei nicht fair. Er möchte festhalten, dass die ausschliessliche Verkaufsnutzung lange vor dem Bezug der Gebäude mit einem Risiko behaftet gewesen sei. Swisscanto und Kamata könnten mit dem Urteil zufrieden sein. 70 % der Nutzung seien rechtskräftig geworden, 30 % müssten geändert werden. Er wolle die beiden Unternehmungen, vor allem die Eigentümerin Swisscanto, ersuchen, das vorliegende Urteil zu akzeptieren und sich ihm zu unterziehen. Der Gemeinde könnten Auseinandersetzungen erspart werden, wenn nun nicht irgendein Verfahren in Gang gesetzt werde, um die Zone zu ändern zu Gunsten der Fehlplanung der Unternehmen. Wenn das Baureglement geändert werden sollte, würde es eine Riesenseinsetzung geben und dies sei sicher nicht im Interesse der Gemeinde, welche daran sei, die Ortsplanungsrevision nach der Ablehnung in geordneten Bahnen neu aufzugleisen. Daher beantrage er die Ablehnung des Postulats.

Martin Häusermann erklärt, die forum-Fraktion sei mit der Überweisung und Abschreibung des Postulats einverstanden. Er erlaube sich, etwas zu den möglichen Vorgehensskizzen in Ziff. 4 der Botschaft auszuführen. Das forum lehne eine Änderung des Baureglements mit einer nachfolgenden diesbezüglichen Volksabstimmung ab und könnte dazu nicht Hand bieten. Viel wichtiger erscheine ihm, dass die Lehren aus diesem Vorfall gezogen und diesbezügliche Abklärungen eingeleitet würden. Es hätten in letzter Zeit viele Vorkommnisse mit unserer Baukommission vorgelegen. Dies solle keine Vorverurteilung sein, sondern eine legitime Feststellung, dass bezüglich Baukommission einige Schwierigkeiten vorhanden seien. Deshalb werde heute eine Motion eingereicht, mit welcher insbesondere angestrebt werden solle, dass geeignete Massnahmen ergriffen würden, um:

1. Bei den Verantwortlichkeiten Klarheit zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die Organe die Verantwortung bis zur letzten Konsequenz wahrnehmen und dafür geradestehen würden und
2. Das durch die Vergangenheit und nun mit dem Vorfall Kamata verlorene Vertrauen in die Behörden wiederherzustellen und zu zeigen, dass Muri ein verlässlicher Partner sei.

Andrea Corti führt aus, die FDP/jf-Fraktion begrüsse den Bericht des Gemeinderats zum Postulat der SVP-Fraktion betr. Kamata. Die Baukommission habe aufgrund ihrer Auslegung von Art. 51 des Gemeindebaureglements für die Betriebe JYSK und Qualipet eine Betriebsbewilligung erteilt. Zwei Gerichtsinstanzen seien aufgrund einer anderen Auslegung zum Schluss gekommen, dass die Betriebsbewilligung für beide Betriebe zu verweigern sei. Dies habe zur Folge, dass ein Wiederherstellungsverfahren durch die Gemeinde Muri einzuleiten sei und wie zu hören gewesen sei, sei dies offenbar bereits geschehen. Die FDP/jf-Fraktion bedaure, dass damit höchstwahrscheinlich 12-15 Angestellte ihre Arbeitsplätze verlieren würden. Sie nehme zur Kenntnis, dass Art. 51 des Gemeindebaureglements abgeändert werden könnte, um den beiden Betrieben JYSK und Qualipet zu ermöglichen, am heutigen Standort zu verbleiben. Dies wäre zwar ein pragmatisches Vorgehen, hätte keinen negativen Einfluss auf die künftige Ansiedlung von Betrieben in unserer Gemeinde und würde insbesondere die Arbeitsplätze sichern. Aber entgegen einer blossen Mutmassung, welche die SP in den letzten Lokal-Nachrichten als "angebliche Neuigkeit, deren Wahrheitsgehalt sich bisher nicht bestätigen liess" beschrieben habe, erachte die FDP/jf-Fraktion die Abänderung von Art. 51 Gemeindebaureglement einzig mit dem Zweck, dass die beiden Betriebe bleiben könnten, als problematisch. Denn das Gemeindebaureglement sei in der heutigen Form im Jahr 1994 durch die Stimmberechtigten von Muri angenommen worden. Darauf würden sich – durch eine andere Auslegung des Reglements – die beiden rechtskräftigen Gerichtsentscheide abstützen und aufgrund dieser Gerichtsentscheide sei das Wiederherstellungsverfahren bereits eingeleitet worden. Die FDP/jf-Fraktion schliesse sich dem Antrag auf Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulats an.

Markus Bärtschi (SVP) erklärt, er wolle zuhanden des Protokolls festhalten, dass nach Auffassung der SVP und nach der Lektüre der Urteile bzw. der vorgeschlagenen Formulierungen in der gemeinderätlichen Antwort bei den aufgezählten Nutzungen der Verkauf in Art. 51 Abs. 1 des Baureglements im Sinne der Klarheit und der Rechtssicherheit ausdrücklich zu erwähnen wäre.

Peter Kneubühler (FDP) möchte ergänzend zu den Ausführungen von Andrea Corti zuhanden des Protokolls erwähnen, dass für die FDP/jf-Fraktion entscheidend sei, dass im Zusammenhang mit der Kamata die Anzahl Fahrten eingehalten würden. Es sei erstaunlich, dass diese Fahrten von jener Seite, welche stets über die Fahrtenproblematik gesprochen habe, nun gar keine Erwähnung mehr finden würden. Er wolle deshalb nochmals festhalten, dass die Anzahl bewilligter Fahrten stets eingehalten worden seien. Die 1'100 Fahrten pro Tag, welche Teil der Bewilligung ge-

- 21. September 2010 -

wesen seien, hätten nie ein Problem dargestellt. Dies sei für die FDP/jf-Fraktion entscheidend und die Nutzung an sich sei weniger entscheidend. Aber wie Andrea Corti ausgeführt habe, sei es heikel, im Nachhinein etwas zu ändern.

Stefan Gautschi (forum) führt aus, es sei schade, dass Unschuldige ihre Arbeitsplätze verlieren würden. Grundsätzlich gehe es aber in dieser Gewerbezone darum, dass man dort eine ausgewogene Nutzung wie Werkhof, Werkstatt, Produktion, Lager habe. Man verliere zwar nun 12-15 Arbeitsplätze, gewinne aber hoffentlich deren 50-100 an diesem Ort.

Hans-Rudolf Saxer erklärt, materiell wolle er sich nicht äussern, dies sei – wie bereits erwähnt – Sache des Parlaments. In formeller Hinsicht wolle er zum Vorgehen der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen in Form eines Postulats kurz Stellung nehmen. Es liege keine Praxis Kamata vor, sondern das Vorgehen entspreche der gängigen Praxis, welche der Gemeinderat seit vielen Jahren pflege, bei Postulaten – also bei Prüfungsaufträgen – wenn möglich bereits innerhalb der reglementarischen Frist von 4 Monaten die Prüfung vorzunehmen und die Vorstösse zu beantworten. Nur in Fällen, wo dies von der Materie her nicht möglich sei, werde zugewartet, bis der Vorstoss überwiesen werde, worauf der Gemeinderat dann ein Jahr Zeit hätte, die entsprechende Prüfung vorzunehmen. Im vorliegenden Fall bestehe auch ein aktuelles Interesse an der Beantwortung der Fragen. Wenn für die heutige Sitzung der Antrag gestellt worden wäre, der Gemeinderat sei einverstanden, das Postulat zu prüfen, hätte das Parlament zu Recht gesagt, die Prüfungsantwort interessiere heute und nicht im September 2011. Im Rahmen des Möglichen werde sich der Gemeinderat bemühen, diesen Service dem Parlament auch in Zukunft zu bieten.

Das Schlusswort wird weder von Roland Meyer noch von Urs Grütter verlangt.

Beschluss (grossmehrheitlich)

Das Postulat SVP-Fraktion betr. KAMATA wird überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

12 **Interpellation forum-Fraktion betr. "Aufbauhilfe für die Verbesserung der kommunalen öffentlichen Infrastruktur" in der Republik Moldau**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Lee Streit bedankt sich namens der forum-Fraktion für die fundierte Beantwortung der Fragen. Erfreut habe sie im Evaluationsbericht festgestellt, dass sich im Laufe der vier Jahre habe realisieren lassen, was sie sich damals mit ihrem Vorstoss erhofft habe und dass deshalb auch aus der Sicht des Gemeinderats das Projekt weiterhin die Unterstützung durch unsere Gemeinde verdiene. Sie bedanke sich herzlich für die Aufnahme des bisherigen Betrags in die Voranschläge der kommenden Jahre.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

13 Einfache Anfrage Streit (forum) betr. Erteilen einer Baubewilligung in unserer Gemeinde

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Roland Meyer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Lee Streit (forum) erklärt, zu den Ausführungen der Baukommission könne sie nur sagen: "Ich bin so klug als wie zuvor". Wenn es, laut Aussage, der Bauverwaltung nicht geglückt sei, den Gesuchsteller, sie zitiere: "zu einfachen Anpassungen zu bewegen", so sei der Bauabschlag in der Folge eine Bestrafung für das Nicht-Kooperieren. Vernachlässigte einfache Anpassungen könnten doch nicht einen Bauabschlag rechtfertigen. Und die Beeinträchtigung des Orts- und Strassenbildes sei davon abhängig, ob für die Beurteilung das bestehende Quartier oder die Neubauten als Richtmass gelten würden. Deshalb seien aus ihrer Sicht die Fragen nicht schlüssig und nicht eindeutig beantwortet.

Der Vorsitzende weist darauf hin, bei Einfachen Anfragen finde zwar keine Diskussion statt; er gehe aber davon aus, dass Roland Meyer sich dazu äussern möchte.

Roland Meyer führt aus, die Baukommission habe die Möglichkeit, ein Vorhaben dem Gestaltungsausschuss zu unterbreiten. Dies sei im Baureglement so festgehalten. Die Baukommission habe in diesem Fall den Gestaltungsausschuss beigezogen und dieser habe die Meinung vertreten, das Bauvorhaben passe nicht ins Ortsbild und habe den Bauabschlag empfohlen. Mehr könne er dazu nicht sagen.

14 Interpellation Gautschi (forum) betr. Zusammenschluss der Primäranlagen der Wasserversorgung der Gemeinde an eine grössere Trägerschaft

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Stefan Gautschi (forum) stellt Antrag auf Diskussion.

Beschluss

Der Antrag erhält weniger als 1/3 der erforderlichen Stimmen und wird abgelehnt.

Stefan Gautschi (forum) bedankt sich für die rasche Beantwortung der eingereichten Interpellation. Er sei im Grossen und Ganzen mit der Antwort zufrieden. Insbesondere zeuge der Einsitz der gbm in die Organisation von Aquabern von Weitsicht, um die organisatorischen als auch strukturellen Probleme der regionalen Trinkwasserbewirtschaftung zu lösen. In der Antwort der gbm nicht kommentiert sei der Hinweis auf den Anschluss an den grösseren Wasserverbund aufgrund der Probleme Aarewasser. Die Bevölkerung sei in einer öffentlichen Veranstaltung informiert worden, dass die Trinkwasserressourcen an der Aare zwischen Thun und Bern aufgrund des zunehmenden Absinkens des Wasserspiegels ohne Massnahmen in Gefahr seien. Die Finanzierung des Projekts aarewasser mit CHF 110 Mio. als auch das Projekt selber würden noch nicht als gesichert gelten. Es erstaune, dass die gbm zu der in der Interpellation aufgeworfenen und sehr ernst zu nehmenden Situation nicht Stellung nehmen würden. Glaube man dem Projekt aarewasser, so würden die gbm

ihren in der Antwort zitierten Leistungsauftrag mit der bestehenden Infrastruktur von Primäranlagen ohne Gegenmassnahmen zukünftig nicht erfüllen können.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderates zur Kenntnis.

15 Information des Gemeinderats

Christian Staub erklärt, er wolle zu drei Themenkreisen kurz informieren:

Baustelle Turbenweg

Viele hätten es beobachtet und sich – nicht zu Unrecht – gefragt oder möglicherweise sogar geärgert, was hier wieder alles falsch laufe. Entsprechende Reaktionen hätten er persönlich wie auch die zuständigen Verantwortlichen der Gemeindebetriebe einige erhalten. Der Grund seien die während einigen Wochen offenen Gräben gewesen, in welchen sich drinnen nur wenig bis gar nichts bewegt habe. Im Vorfeld der Neuverlegung der Primärererschliessungen von Strom, Telefon, Gas, Wasser, Abwasser und Telecom hätten sich alle betroffenen Partner wie BKW, Swisscom und die Gemeindebetriebe auf einen Terminplan eingeschworen, welcher es allen ermöglicht hätte, zeitgerecht und im Einvernehmen mit den anderen die Leitungen zu verlegen. Leider habe sich die Swisscom nicht an den Terminplan gehalten, was dann zu längeren zeitlichen Unterbrüchen geführt habe. In der Zwischenzeit seien aber die Arbeiten soweit erledigt und die Gräben hätten grösstenteils zugeschüttet werden können. Die Zugangssituation zu den Geschäften und der Verkehr zu den Liegenschaften am Turbenweg sollten dann wieder über die normale Route möglich sein. Eine weitere Einschränkung werde es in nächster Zeit dann geben, wenn der Aushub der Baugrube beginne. Der Turbenweg müsse aus Sicherheitsgründen längs des Baufeldes um rund 2 Meter verkürzt werden. Gleichzeitig werde ein Einbahnverkehr eingeführt. Eine entsprechende Publikation dieser Verkehrseinschränkung erfolge in den nächsten Tagen.

Aebnitstrasse

Das Bauwerk sei vollendet. Persönlich erachte er das nun fertig gestellte Werk als gelungen und zweckmässig. Alle Verkehrsteilnehmer könnten, vorausgesetzt die Regeln würden eingehalten, sicher auf diesem Strassenabschnitt verkehren. An dieser Stelle möchte er allen Beteiligten, also den Bauunternehmen mit ihrem Personal, den Anwohnern, den Schulen und SchülerInnen wie auch unserem Werkhof und dem Projektteam für ihren Einsatz danken. Mit diversen Aktionen hätten die Gemeindebetriebe und der Leiter Umwelt + Verkehr all jenen Merci gesagt, welche direkt tangiert gewesen seien. So hätten die Schülerinnen und Schüler des Aebnits ein "Dankes-Znüni" erhalten, den Anwohnern sei mit einem "herzlichen" Zuckergebäck unseres Dorfbäckermeisters, aufgeklebt auf einem Flyer, gedankt worden und die Unternehmer und Handwerker würden im Oktober anlässlich des Abschlussfestes im Werkhof auf das vollbrachte Werk anstossen. Er erlaube sich hier einen Einschub: Heute sei bei der Gemeinde ein originell gestalteter und mit viel Liebe und Freude verfasster Dankesbrief der 2. Klässler des Aebnits – deren Lehrerin Daniela Schönenberger sei – eingetroffen. Sie würden sich für das Znüni, aber auch für die Strasse bedanken. Er bedanke sich seinerseits von hier aus bei der Lehrerin und bei den SchülerInnen. Er habe sich aufgeschrieben: "Das hat gut getan, Freude herrscht!". Im Rahmen des Projekts "Verkehrssicherheit" seien gezielte Kontrollen der Polizei auf dem gesamten Strassenabschnitt durchgeführt worden und würden weiterhin durchgeführt. Geplant seien auch Verkehrsinstruktionen der SchülerInnen durch die Polizei. Zu den Kosten könne gesagt werden, dass das eng und streng gehaltene Finanzmanagement während der gesamten Bauzeit durch die Verantwortlichen unserer Gemeinde seine Wirkung nicht verfehlt habe. Er dürfe heute hier ver-

künden, dass der Kredit habe eingehalten werden können. Die Abrechnung könne dem Parlament möglichst noch in diesem Jahr vorgelegt werden.

Grüne Markierungen auf den Gemeindestrassen

Auf den meisten Strassen unserer Gemeinde seien in letzter Zeit vom Werkhof grüne Markierungen von rund einem halben Meter angebracht worden. Für was, hätten sich wohl einige schon gefragt. Diese grünen Markierungen würden nicht dazu dienen, dass der Werkhof wisse, wo überall die Weihnachtssterne von Ruth Raaflaub zu montieren seien. Die Markierung helfe dem Werkhofpersonal, die Strassenabläufe zu finden, nachdem bei Schneefall die Strassen geräumt worden seien. Meistens verdecke der Schnee die Strassenabläufe und der Werkhofmitarbeiter müsse diese dann mit seiner Schneeschaufel suchen. So erhalte er nun mit der Markierung den wichtigen Hinweis, wo er den Ablauf finde und könne diesen dann gezielt freischaufeln.

16 Neue parlamentarische Vorstösse

Motion FDP/jf-Fraktion: Konzept zur Sanierung der Moos-Turnhalle

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat ein Konzept für die Sanierung der Moos-Turnhalle (Projekt, Zeitplan, Kosten, etc.) vorzulegen.

Begründung:

Am 13. Juni 2010 haben die Stimmberechtigten von Muri-Gümligen die Änderung des Zonenplans und Baureglements im Gebiet Siloah und Bahnhof Gümligen (Ortsplanungsrevision 1. Schritt) mit 2'740 Ja- zu 418 Nein-Stimmen äusserst deutlich gutgeheissen. Damit wurde der Weg frei gemacht für den Neubau der International School of Berne. Dieser Neubau umfasst auch eine Dreifachturnhalle, in der künftig insbesondere der BSV Bern Muri seine Handballtrainings absolvieren und seine Meisterschaftsspiele austragen soll. Dadurch werden in der Moos-Turnhalle Kapazitäten für andere Sportarten ortsansässiger Vereine frei.

Die Moos-Turnhalle befindet sich allerdings - altersbedingt und nicht zuletzt auch aufgrund der intensiven Benützung durch den BSV Bern Muri - in einem nicht mehr zeitgemässen Zustand. Dies betrifft vor allem den Hallenboden, aber auch die Lichtverhältnisse. Es ist deshalb angezeigt, dass die Moos-Turnhalle, spätestens nach Auszug des BSV Bern Muri an seine neue Trainings- und Spielstätte, saniert wird - und zwar mindestens in Bezug auf den Unter- und Oberbelag des Hallenbodens sowie betreffend die Lichtverhältnisse (primär Beleuchtung). Dabei ist keine Luxusbauweise, sondern eine funktionelle und sachgerechte Sanierung anzustreben.

Gümligen, 16. September 2010

P. Kneubühler
A. Corti

R. Cadetg, A. Kauth, E. Mallepell, S. Lack, M. Huber, Ch. Grubwinkler, B. Schmitter, U. Siegenthaler, M. Kästli, R. Raaflaub, A. Bärtschi, J. Gossweiler, U. Wenger, M. Humm, L. Streit, B. Marti, F. Ruta, D. Schönenberger, M. Manz, M. Graham, B. Eber (23)

Motion SP Fraktion: Abkoppelung der Instandstellung der Skateboard Anlage von der Gesamtsanierung Füllerich

Die Instandstellung der Skateboard Anlage ist umgehend und abekoppelt von der Sanierung des Füllerich Sportplatzes vorzunehmen.

- 21. September 2010 -

Begründung:

Wir stellen aufgrund des Zwischenberichtes zur Jugendmotion fest, dass die Verbindung der Sanierung Füllerich mit einer Instandstellung der Skateboardanlage innert nützlicher Frist (d.h. so rasch, dass die Jugendmotionäre selber noch davon profitieren könnten) nicht vereinbar ist.

Der Gemeinderat hat leider diese wichtige Frist bereits verstreichen lassen. Es wäre äusserst selbstlos, wenn die Jugendmotionäre auch heute noch bereit wären, freiwillig an einer Anlage mit zu arbeiten, von der sie selbst nicht einmal mehr profitieren können.

Um einer gerechtfertigten Frustration der Jugendmotionäre entgegen zu wirken, bittet die SP um eine Abkoppelung der Skateboardanlage von der Gesamtsanierung Füllerich und um die Instandstellung der Skateboardanlage noch im Jahr 2010.

Muri, 22. September 2010

Johanna Ziberi

U. Wenger, R. Wakil, B. Schneider, F. Ruta, M. Manz, B. Marti, M. Häusermann, L. Streit, D. Schönenberger, S. Gautschi, M. Graham, M. Humm, A. Corti (14)

Motion SP Fraktion: WLAN im Bärtschihus

Wir bitten den Gemeinderat, im Bärtschihus ein für die Besucher nutzbares WLAN zu installieren.

Begründung:

Das Bärtschihus wird bereits jetzt vielfältig genutzt, unter anderem von Vereinen und Parteien. Diese Freiwilligenarbeit könnte durch die verbesserte Infrastruktur im Bärtschihus unterstützt werden.

Es ist organisatorisch und finanziell machbar, ein nutzbares WLAN zu installieren. Diese Technologie gehört unbestritten zu einer fortschrittlichen Infrastruktur. Die Sicherheitsfrage kann geregelt werden.

Das Bärtschihus würde mit der Installation von WLAN traditionelle Werte und fortschrittliche Infrastruktur vereinen und dürfte noch stärker als heute als eines der kleinen, feinen, und guten Beispiele für unsere fortschrittliche, flexible und offene Gemeinde hervorgehoben werden.

Muri, 22. September 2010

Johanna Ziberi

M. Huber, S. Lack, R. Raaflaub, R. Wakil, B. Schneider, F. Ruta, B. Marti, M. Häusermann, L. Streit, S. Gautschi, D. Schönenberger, M. Graham, U. Wenger, M. Humm, Ch. Grubwinkler, A. Corti, M. Kästli (18)

Motion der forum-Fraktion betreffend Konsequenzen aus dem Bundesgerichtsurteil zum Bauprojekt KAMATA

Der Gemeinderat wird beauftragt, auf Grund des Bundesgerichtsurteils zum Bauprojekt KAMATA und auf Grund eigener Abklärungen

- 21. September 2010 -

- a) die Verantwortlichkeiten, welche zu dem vom Bundesgericht gerügten Entscheid geführt haben, zu klären, gegenüber dem Parlament offenzulegen und dem zuständigen Organ gegebenenfalls personelle Konsequenzen nahezulegen.
- b) sofort Schritte in die Wege zu leiten, die sicherstellen, dass sich bereits in unmittelbarer Zukunft ähnliche Fehler nicht wiederholen können.

Begründung:

Das Vertrauen in die Behörde der Gemeinde Muri ist durch die offensichtlich gerechtfertigte Rüge des Bundesgerichts erschüttert. Eine lückenlose Aufklärung ist deshalb dringend notwendig. Die heutige Baukommission hat mit ihrem Fehlentscheid der Gemeinde sowohl einen Imageschaden wie auch einen finanziellen Schaden zugefügt. Dies darf nicht ohne Konsequenzen für die Verantwortlichen bleiben.

Will die Gemeinde Muri wieder als verlässlicher Partner wahrgenommen werden, müssen alle denkbaren Massnahmen in Betracht gezogen und wirkungsvoll umgesetzt werden, die sicherstellen, dass das Risiko solcher und ähnlicher Fehlentscheide bereits in nächster Zukunft auf ein Minimum herabgesetzt werden kann.

Muri, 15.9.2010

M. Häusermann

J. Ziberi, U. Siegenthaler, U. Wenger, M. Graham, L. Streit, D. Schönenberger, F. Ruta, B. Marti, N. von Fischer, M. Manz, B. Schneider, S. Gautschi, R. Wakil, M. Humm (15)

Postulat FDP/jf-Fraktion betreffend die Nachbearbeitung des Bundesgerichtsurteils zum Bauprojekt KAMATA

Der Gemeinderat wird eingeladen zu prüfen, ob die Gemeindebauvorschriften und insbesondere die Vorschriften zu den Zonen- und Gebietsvorschriften im Baureglement der Gemeinde Vorschriften enthalten, welche nicht präzise definiert sind und zu Missverständnissen und Konflikten führen können. Gegebenenfalls sind diese Vorschriften anzupassen und zu präzisieren.

Begründung:

Das Baubewilligungsverfahren für das Bauprojekt Tannental (KAMATA) hat gezeigt, dass eine der Ursachen für die Kontroversen und das entsprechende Bundesgerichtsurteil darin besteht, dass für dieses Verfahren insbesondere der Artikel 51 des Baureglements der Gemeinde nur sehr vage Vorschriften enthält, welche von den verschiedenen Parteien in guten Treuen verschieden interpretiert werden können. Diese Vorschriften wurden vor mehr als 15 Jahren erlassen und genügen wie sich gezeigt hat den heutigen Ansprüchen teilweise nicht mehr. Die Arbeit der Behörden, insbesondere der Baukommission wird so erschwert und es besteht ein nicht zu vernachlässigendes Risiko für die Gemeinde.

Es besteht ein Risiko, dass die Gemeindebauvorschriften insbesondere im Bereich der Zonen- und Gebietsvorschriften weitere solche Ungenauigkeiten und Unklarheiten enthalten und in künftigen Verfahren zu ähnlichen Situationen führen könnten. Deshalb erscheint es angebracht, solche Schwachstellen ausfindig zu machen und ggf. zu eliminieren.

Muri, 17. September 2010

B. Schmitter, P. Kneubühler, R. Cadetg, A. Kauth, E. Mallepell, A. Corti, U. Siegenthaler, S. Lack, M. Huber, Ch. Grubwinkler, G. Pulver (11)

- 21. September 2010 -

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, die Vernehmlassung zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept der Regionalkonferenz Bern-Mittelland finde an der November-Sitzung des GGR statt. Das Vorgehen sei analog des heutigen Traktandums zu den Subventionsverträgen gemäss Kulturförderungsgesetz geplant.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Wegmüller

Anni Koch